

#IHK-Umfrage zur Energiewende

29. August 2023

Die Verwerfungen der vergangenen Monate auf den Energiemärkten haben die gewerbliche Wirtschaft in NRW getroffen. Ein bedeutender Anteil der Unternehmen gibt an, dass ihre Wettbewerbsfähigkeit mit internationalen Mitbewerbern aufgrund der hohen Energiepreise eingeschränkt ist. Neben der Wettbewerbsfähigkeit leidet auch immer häufiger die Investitionstätigkeit der Unternehmen, die vielfach aufgrund der hohen Energiepreise mit den begrenzten finanziellen Mitteln haushalten müssen. Daneben sehen viele Unternehmen große Herausforderungen bei der Energiewende: Überbordende und hürdenhafte Bürokratie, eine Energiepolitik ohne weitreichende Planungs- und Investitionssicherheit und der zunehmende Fachkräftemangel, der den Ausbau der Erneuerbaren bremst.

Key-Facts:

- 42 % der Unternehmen bangen aufgrund hoher Energiepreise um Wettbewerbsfähigkeit
- 4 % der Unternehmen haben Produktion am Standort verlagert bzw. eingeschränkt, bei 5 % laufen derzeit dahingehende Maßnahmen, weitere 11 % haben Planungen aufgenommen,
- 1/3 der Unternehmen plant den Aufbau von EE-Kapazitäten in eigene Hand zu nehmen
- Rund 60 % der Unternehmen sehen Bürokratie als größte Hürde für mehr Klimaschutz
- Knapp 60 % geben an, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten

NRW-Wirtschaft blickt mit Sorge auf den aktuellen Stand der Energiewende

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine sind zwei Pfeiler der deutschen Energiepolitik weggefallen: Pipeline-Gas zu international wettbewerbsfähigen Konditionen als Brücke ins Zeitalter der erneuerbaren Energien und eine gesicherte Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Energie. Dazu kommen ambitionierte Klimaschutz- und Energieeffizienzziele sowie das Bestreben Nordrhein-Westfalens erstes klimaneutrales Industrieland zu werden. Das Tempo neuer Gesetze und Richtlinien im Kontext der Nachhaltigkeit ist und bleibt hoch – mit weitreichenden Auswirkungen auf die Unternehmen.

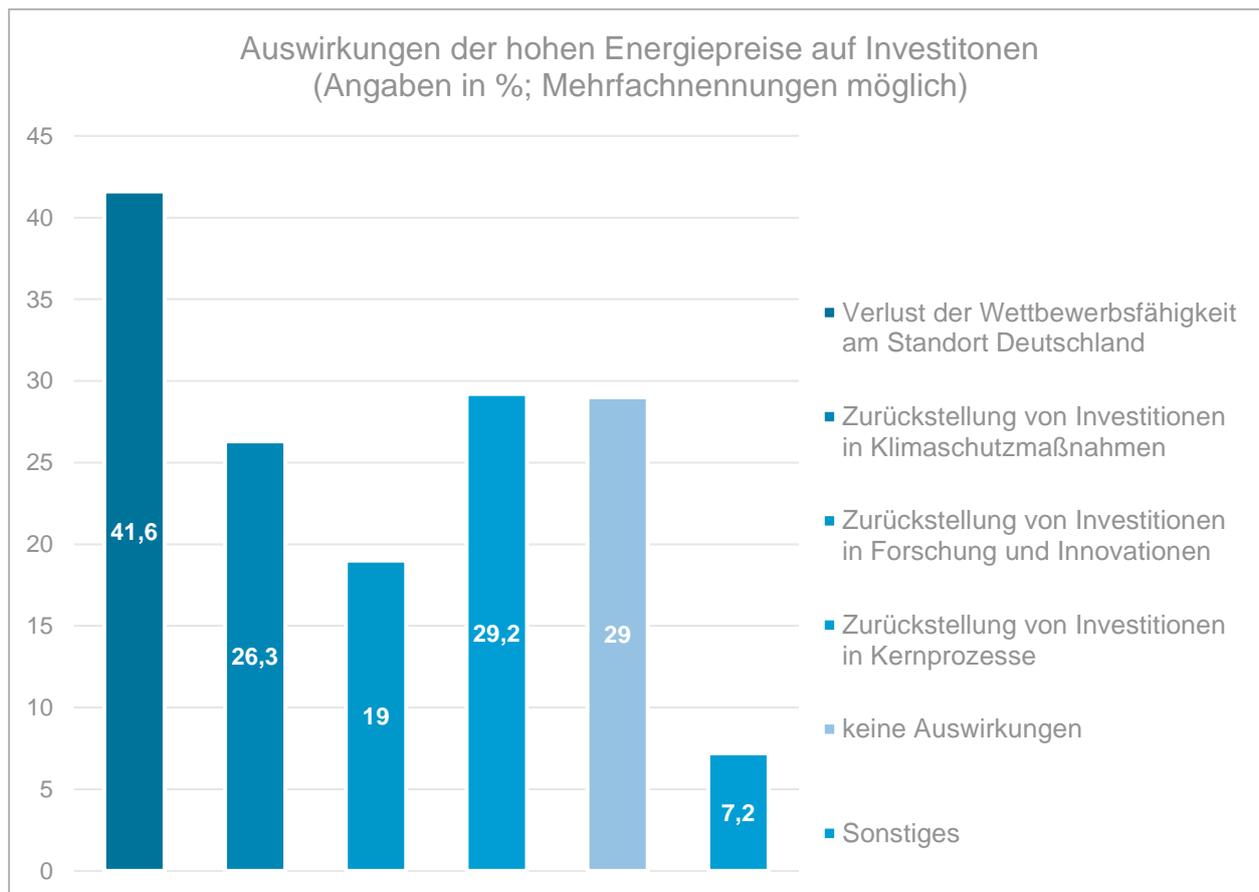
Die Sorge vieler Unternehmen steigt, dass der Einstieg in eine sichere, international wettbewerbsfähige und regenerative Energieversorgung nicht synchron mit dem gesetzlich festgelegten Ausstieg erfolgt und ab 2030 Lücken bei der Versorgungssicherheit auftreten können. Eine Sorge, die insbesondere am Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schon heute Konsequenzen hat: Die geringe Planungs- und Investitionssicherheit führt zu verhaltenen Investitionen der Unternehmen. Investitionen, die für die Transformation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft allerdings elementar sind.

Doch nicht allein die geringe Planbarkeit bei Fragen der Energieversorgung führt zu geringen Investitionen. Auch die vergangenen Krisen der letzten Jahre, beginnend bei Corona bis hin zu den Verwerfungen, die aus dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine resultierten, hat die Unternehmen vor Herausforderungen gestellt und die finanziellen Mittel der Unternehmen empfindlich reduziert. Eine schleichende Deindustrialisierung mit zum Teil drastischen Auswirkungen für unsere in NRW noch vollständigen Wertschöpfungsketten ist die Folge. Auch eintretende Wohlstandsverluste werden sich unter diesen Vorzeichen weiter verstärken.

Energiepreise belasten nach wie vor: Nur begrenzte finanzielle Mittel für Investitionen

Rund 83 Prozent der in NRW ansässigen Unternehmen spüren deutlich die gestiegenen **Energiepreise**. Die Mehrkosten für Energie führen zu Zurückstellungen von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, in Forschung und Innovationen sowie in Kernprozesse. Auch im Zuge einer anziehenden internationalen Wettbewerbsdynamik haben die hohen Energiekosten erkennbare Folgen. Bereits rund 42 Prozent der Unternehmen über alle Branchen hinweg geben an, dass die höheren Ausgaben für Energie zu einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland führen. In den von den hohen Energiepreisen besonders betroffenen Branchen der Industrie sind es rund 64 Prozent, die von einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der hohen Energiepreise berichten.

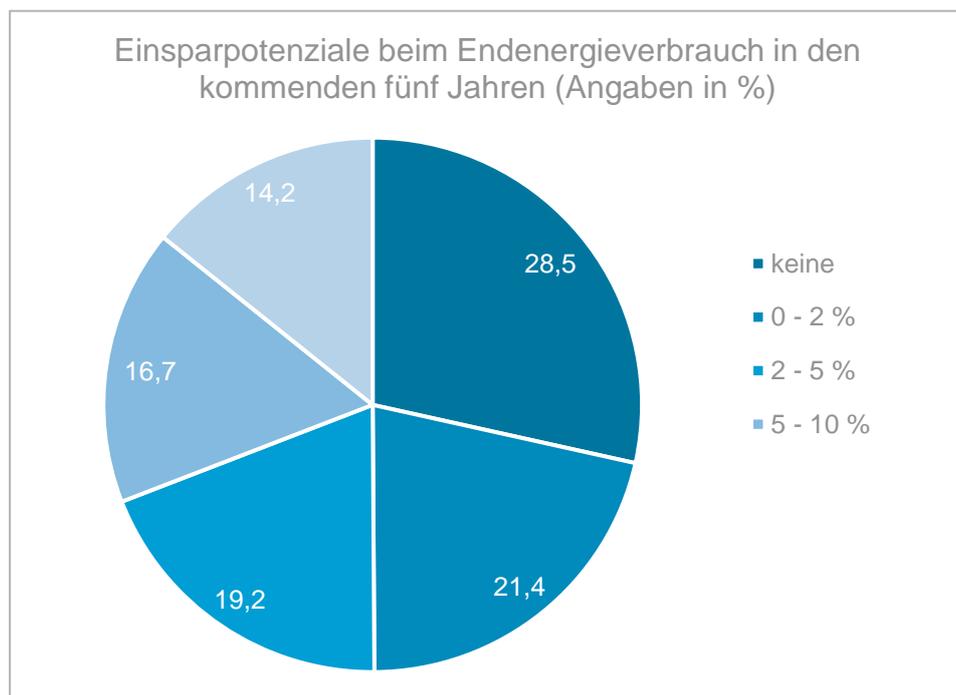
Dieses pessimistische Bild zeichnet das Energiewendebarmometer 2023, eine aktuelle Umfrage der IHK-Organisation, an der sich mehr als 1.200 Unternehmen aller Branchen aus Nordrhein-Westfalen beteiligt haben. Die Befragung fand vom 12. Juni bis zum 2. Juli statt.



Noch kann ein Großteil der Unternehmen die gestiegenen Energiepreise an die Kunden weitergeben, was sich auch auf die Inflationsraten auswirkt. Doch gleichzeitig steigt die **Investitionszurückhaltung** mit Folgen für den Standort: bereits neun Prozent haben Maßnahmen zur Verlagerung oder Verringerung von Produktion im Inland ergriffen, weitere 11 Prozent der befragten Unternehmen über alle Branchen, planen eine Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland bzw. Einschränkungen der Produktion im Inland. Bei den Industriebetrieben mit über 500 Mitarbeitenden sind es sogar bereits rund 18 Prozent der antwortenden Unternehmen.

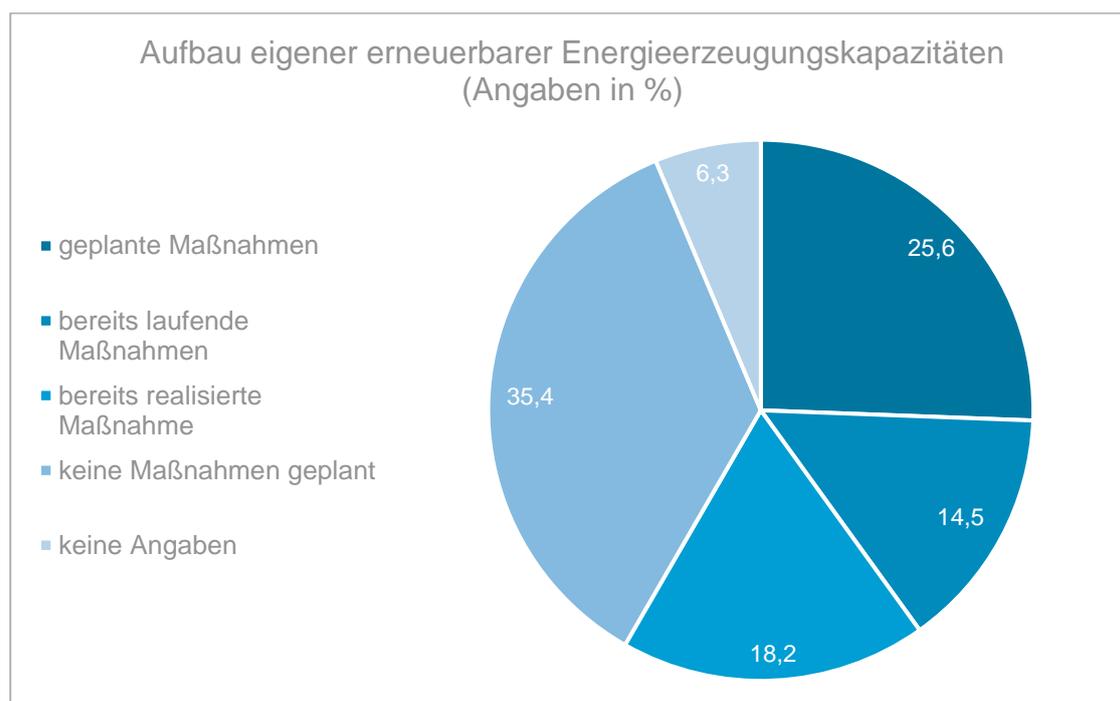
Hinzukommt, dass bereits bei 23 Prozent der großen Industrieunternehmen aktuell Maßnahmen zur **Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland** oder Einschränkungen von Produktion im Inland laufen. Gerade für exportorientierte Unternehmen, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen auf internationalen Märkten bestehen müssen, sind die hohen deutschen Energiepreise eine Gefahr.

Für 63 Prozent der befragten Unternehmen, über alle Branchen hinweg, wächst die Bedeutung von Energie-Einsparungen (Industrie 70 Prozent). Doch scheint das Potenzial für weitere, umfassendere Einsparungen in vielen Unternehmen weitgehend ausgeschöpft. Viele Unternehmen haben bereits in der Vergangenheit umfassende Energieeffizienzmaßnahmen ergriffen. Rund 29 Prozent der Unternehmen über alle Branchen geben an, in den kommenden fünf Jahren keine wirtschaftlich realisierbaren **Einsparpotenziale** beim Endenergieverbrauch (Strom, Wärme & Kraftstoffe) mehr im Unternehmen zu haben. Über die Vorumfragen wird deutlich, wie das Potenzial für auch nur geringe Einsparungen von Jahr zu Jahr sinkt. So sahen im Jahr 2016 noch 63 Prozent der Befragten, geringere Einsparpotenziale von bis zu 5 Prozent: Seitdem sank dieser Anteil kontinuierlich bis in der aktuellen Umfrage nur noch rund 40 Prozent der Unternehmen Einsparpotenziale in dieser Größenordnung erkennen.



Grundsätzlich ist auch zukünftig davon auszugehen, dass die Unternehmen weiterhin jede wirtschaftlich und physikalisch sinnvolle Anpassung von Prozessen vornehmen werden, um weitere Einsparpotenziale beim Energieverbrauch zu heben. Eine politische Steuerung weiterer Effizienzmaßnahmen über das geplante Energieeffizienzgesetz (EnEfG) scheint somit aber aufgrund der bereits gelebten Praxis der Unternehmen vielfach ins Leere zu laufen.

Trotz alledem unterstreicht die Umfrage weiterhin den Beitrag der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hin zu mehr **Nachhaltigkeit**. Über alle Branchen hinweg haben bereits 18 Prozent der Unternehmen den Aufbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten realisiert. Rund 26 Prozent planen Maßnahmen und etwa 15 Prozent setzen derzeit Maßnahmen um. Somit wird deutlich, dass die Energiewende und die Transformation unseres Wirtschafts- und Industriestandortes NRW tagtäglich von den Unternehmen vor Ort mit umgesetzt werden. Das sieht man auch bei einem detaillierten Blick in die Branchen: In der Industrie planen 33 Prozent der Betriebe den **Aufbau eigener EE-Kapazitäten**. Umso wichtiger ist es nun, dass im Zuge der anstehenden Novellierungsvorhaben der Landesplanung ausreichende Flächen für die Unternehmen bereitgestellt werden, so dass dort neue EE-Kapazitäten entstehen können.

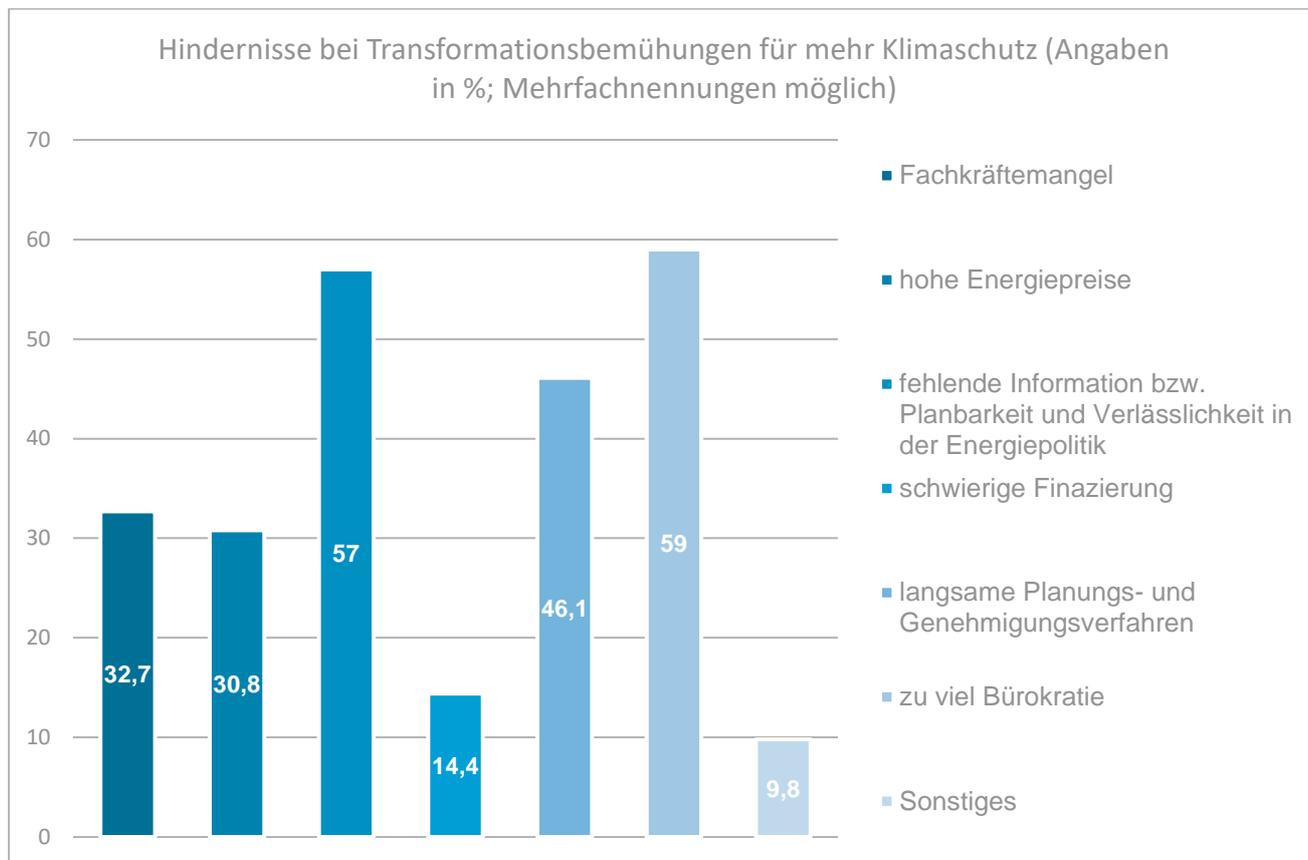


Doch nicht nur der Ausbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten muss in der Breite erfolgen, sondern auch der Aus- und Zubau dringend benötigter Infrastrukturen. Gerade bei den regionalen Verteilnetzen gibt es umfassende Aus- und Zubaubedarfe; vielfach können die durch erneuerbare Energien eingespeisten Strommengen noch nicht vollständig vom Netz aufgenommen werden. Dabei braucht es für eine erfolgreiche Energiewende diese Strommengen. Solche Engpässe bereiten den Unternehmen Sorge. Über 60 Prozent der antwortenden Unternehmen geben an, dass Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen ein zunehmendes Problem sind. Für ein klimaneutrales Stromnetz sind immense Investitionen notwendig, deren genauer Umfang bis dato noch nicht abgesehen werden kann. Gerade für den regionalen Ausbau der Netze kommt es darauf an, dass zeitnah eine Finanzierung sichergestellt und der Ausbau angegangen wird.

Die hausgemachten Hürden der Transformation: Bürokratie als größtes Hemmnis

Politik und Verwaltung halten den Schlüssel für das Gelingen der Energiewende selbst in der Hand: Mit der Schaffung von Planungssicherheit für die Unternehmen im Kontext der Energiepolitik und weniger Bürokratie könnten die beiden größten Hürden für die Schaffung von mehr Klimaschutz aus dem Weg geräumt werden. Das größte Hemmnis bei den Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz ist mit 59 Prozent der **komplexe bürokratische Aufwand**. Daneben geben 57 Prozent der befragten Unternehmen an, durch fehlende Informationen bzw.

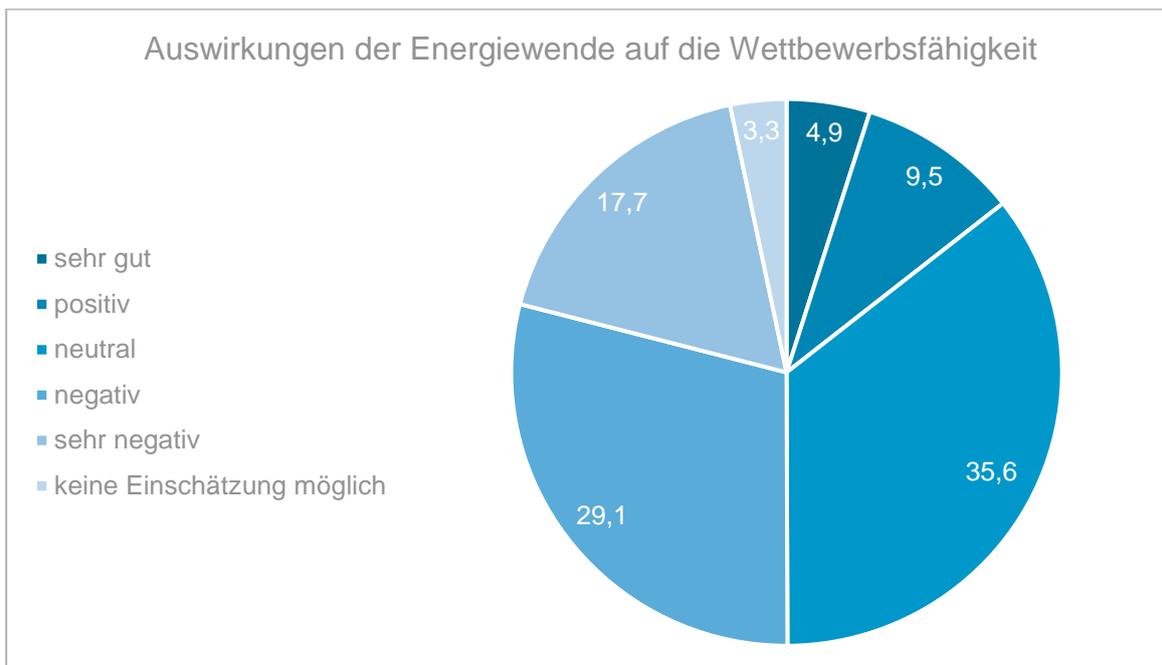
Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik ausgebremst zu werden. Mit rund 46 Prozent werden zu langsame **Planungs- und Genehmigungsverfahren** als drittes großes Hindernis gesehen. Für rund 1/3 der Unternehmen ist der Fachkräftemangel ein weiteres Hindernis für die Nachhaltigkeits-Transformation



Energiewende und Klimaschutz: Wettbewerbsfähigkeit nicht aus den Augen verlieren

Unternehmen blicken skeptisch auf die Auswirkungen der Energiewende für die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen Unternehmens. Knapp 47 Prozent der befragten Unternehmen beurteilen die Auswirkungen der Energiewende auf ihre **Wettbewerbsfähigkeit** als negativ. Dabei handelt es sich um einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu den vorherigen Jahren (2022: 35 Prozent, 2021: 29 Prozent, 2020: 31 Prozent).

Die Anzahl derer, die positive Auswirkungen verzeichnen können, liegt hingegen mit lediglich 14 Prozent verglichen mit den Vorjahren auf einem Tiefststand (2022: 24 Prozent, 2021: 16 Prozent, 2020: 18 Prozent). Knapp 36 Prozent bewerten die Auswirkungen als neutral. Hieran zeigt sich, dass die Energiewende nicht losgelöst von Debatten zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erfolgen darf, sondern immer mit globalen Entwicklungen gespiegelt werden sollte. Der Inflation-Reduction-Act (IRA) und eine ambitionierte chinesische Wirtschaftspolitik setzen deutsche Mitbewerber auf internationalen Märkten zusehends unter Druck.



Um die Energiewende und den **Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich** zu gestalten, stimmen

- Rund 48 Prozent voll und 21 Prozent eher zu, dass Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter gesenkt werden sollten.
- Rund 35 Prozent voll und 29 Prozent eher zu, dass der Zugang zu **Wasserstoff** als Energieträger für Unternehmen aller Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden sollte.
- 28 Prozent voll und rund 32 Prozent eher zu, dass neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, auch CO₂-armer Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren Marktzugang erhalten soll.
- 58 Prozent voll und rund 20 Prozent eher zu, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten.
- 54 Prozent voll und rund 30 Prozent eher zu, dass die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge verbessert werden sollten.

Unter **Energieprobleme belasten Produktion in Deutschland (dihk.de)** finden Sie die Auswertung des DIHK-Energiewendebarmeters für die gesamte Bundesrepublik und weitere Informationen zum Stand der Energiewende in Deutschland und zur Systematik der Erhebung zum Energiewendebarmeter 2023.

Ansprechpartner:

Raphael Jonas

☎ 0241-4460-271

@ raphael.jonas@aachen.ihk.de

Dr. Matthias Mainz

☎ 0211-3670 2-14

@ matthias.mainz@ihk-nrw.de